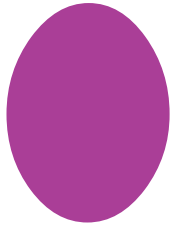


Mitarbeiterinnen- Und Mitarbeiter-Magazin
des Gesamtpersonalrats für das Land und die Stadtgemeinde Bremen

Halloooo?



Wie soll das  denn gehen?



Wir feiern den...

11. Geburtstag der **MUMM**. Deshalb erschien uns das Datum 11.11.11 wie dafür gemacht, eine neue **MUMM** herauszugeben. Auch das Titelbild war schon lange druckfertig (siehe links). Dieser Plan scheiterte nicht zuletzt an dem brennenden Thema der Auswirkungen der Koalitionsvereinbarung. Wir änderten deshalb auch unser Titelbild. Passend erschien uns: Halloooo? Wie soll das denn gehen? - Zur Zeit sagen das wohl viele Beschäftigte im öffentlichen Dienst.

Doch noch einmal zurück zum Geburtstag der **MUMM**. Seit der Jahrtausendwende gibt es sie also, die **MUMM**, das Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiter-Magazin für die Beschäftigten im bremischen öffentlichen Dienst. Seither hat sich vieles getan. Das spiegelt sich auch in den Titelbildern der **MUMM** wider. Eines aber ist geblieben: **MUMM** informiert immer topaktuell über interessante Themen in und um Bremen. Informative Themen gibt es deshalb auch im 11. Geburtstagsjahr.

Viel Spaß beim Lesen!

Eure **MUMM**MacherInnen

MUMM

(11.11.11)

Herausgeber:

Gesamtpersonalrat für das Land und die Stadtgemeinde Bremen

Knochenhauerstr. 20/25,
28195 Bremen

Presserechtl. verantwortlich:

Doris Hülsmeier,
Vorsitzende des Gesamtpersonalrats

Redaktionsteam:

Harry Eisenach

Elke Kosmal-Vöge

Bernd Krause

Burckhard Radtke

Brigitte Schüler

Wiltrud Sossna

Burkhard Winsemann

Kontakt:

Telefon: 361-2215

Telefax: 496-2215

E-Mail: mumm@gpr.bremen.de

Fotos/Zeichnung:

Tim Beinker, Dr. G. Schmidt,
Christian Warmbold und die Redaktion

Druck:

Druckerei Senatorin für Finanzen

Die nächste Ausgabe von **MUMM** erscheint Februar 2012

Redaktionsschluss ist der 15. Januar 2012

Inhalt

■ Kommentar

Doris Hülsmeier: Hallooo, wie soll das denn gehen? 3

■ Zum Thema

Kürzen, ohne dass der Bürger es merkt? 4

Gute Bildung und Stellenkürzungen in den Schulen 7

Gastkommentar Achim Truger: Damit ist kein Staat zu machen 8

Mehr Arbeit + 0 Personal = Mehr Service 10

Beschleunigte Betriebsprüfungen ohne mehr Ausbildung 10

Für unsere Kinder das Beste 11

■ Gewerkschaftliches

Bremer Politik nimmt erneut Beamte aufs Korn 12

Zwangsteilzeit abgewendet 13

■ vor Ort

Gammelfleisch, Salmonellen und Pestizide 14

■ Das geht alle an

Noch viele Fragen offen 15

■ Bremisches

Gutes Betriebsklima trotz Belastungen 17

Selbst Einfluss nehmen! 18

Kandidatinnen gesucht... 19

■ Zu guter Letzt

Marx reloaded 20

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Bremen hat gewählt. Die Koalitionsparteien SPD und GRÜNE bekennen sich in der Koalitionsvereinbarung zum öffentlichen Dienst. Sie formulieren hohe Ansprüche an die Qualität öffentlicher Dienstleistungen. Alles soll besser werden. Gleichzeitig sollen weitere 800 Stellen in den nächsten vier Jahren gestrichen werden. Auch die Eigenbetriebe sollen erhebliche Kürzungen umsetzen.

Halloooo? Wie soll das denn gehen? Nach dreißig Jahren Kürzungspolitik im bremischen öffentlichen Dienst sollen noch mehr Stellen abgebaut werden – aber die Bürgerinnen und Bürger merken nichts davon? Das funktioniert ja bereits jetzt nicht. Warteschlangen und Bearbeitungszeiten wachsen, notwendige Aufgaben können nicht mehr im erforderlichen Umfang erbracht werden. Beschäftigte werden von aufgebrachtten BürgerInnen beschimpft. Und als Dank? - steht der Ausstieg aus dem Flächentarifvertrag im Raum und werden erneut die Einkommen der BeamtInnen aufs Korn genommen.

Die Interessenvertretungen des bremischen öffentlichen Dienstes haben Bürgermeister Jens Böhrnsen auf einer Personalräteversammlung in vielen engagierten Beiträgen deutlich gemacht und mit auf den Weg gegeben: **So geht es nicht!** Für öffentliche Dienstleistungen in guter Qualität braucht man eine deutlich bessere Per-

sonalausstattung und gute Arbeitsbedingungen. Auch die BürgerInnen melden sich zu Wort: Eltern wehren sich gegen Kürzungen in Schulen und Kitas. SchülerInnen entwickeln Vorstellungen für eine bessere Bildung. Bildung ist auch eine soziale Frage. Die Gewerkschaften sind ganz vorne mit am Ball. Beteiligt euch an den Aktionen!

Mehr Ausbildung mit Übernahmegarantien und Neueinstellungen sind dringend nötig: Im allgemeinen Verwaltungsdienst ebenso wie in der Steuerverwaltung, bei der Feuerwehr, der Polizei, im Justizvollzug, in der Katasterverwaltung und in den Gerichten, in den Schulen, den Kitas und vielen anderen Bereichen des bremischen öffentlichen Dienstes.

Öffentliche Dienstleistungen müssen durch deutliche Einnahmesteigerungen ausreichend finanziert werden. Ein richtiger Schritt sind die Vorstellungen, die der bremische SPD-Landesvorstand für ein gerechtes Steuersystem entwickelt hat. Aber uns im öffentlichen Dienst hilft das jetzt nicht weiter. Wir können und wollen nicht die Ausputzer einer ungerechten Steuerpolitik sein!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen nicht umhin, uns auch zukünftig gegen den gnadenlosen Abbau von Stellen und gegen die weitere Verschlechterung von

Arbeitsbedingungen und Einkommen zu wehren. Dazu brauchen wir starke Interessenvertretungen, und vor allem brauchen wir unsere Gewerkschaft. Habt ihr nicht Lust, selbst Einfluss zu nehmen für die Belange der Beschäftigten in den Dienststellen? Am 14. März 2012 werden die Personalräte und Frauenbeauftragten und der Gesamtpersonalrat neu gewählt. Jetzt ist die Gelegenheit, sich einzubringen und mitzumachen!



Mit herzlichen Grüßen
Jens Hilsmaier

Kürzen, ohne dass der Bürger es merkt?

Personalräteversammlung mit Jens Böhrnsen

Säckeweise Probleme hatten 120 Personalräte, Frauenbeauftragte und Schwerbehindertenvertreuerleute zur Personalräteversammlung am 7. Oktober mitgebracht. Nur ein Teil davon, die handlicheren Päckchen, wurde abgeholt. Doch einen großen Berg ließ Bürgermeister Jens Böhrnsen liegen.

Zwischen den hohen Qualitätsansprüchen an öffentliche Dienstleistungen, die SPD und Grüne in ihrem Koalitionsvertrag formuliert haben, und der Kürzungspolitik - vor allem bei den Personalausgaben - gibt

es einen eklatanten Widerspruch.

Was dies in den unterschiedlichen Bereichen des bremischen öffentlichen Dienstes zur Folge hat, zeigten die Redebeiträge der Personalräte deutlich auf.

Quer durch alle Bereiche ist die Arbeitsbelastung ohnehin schon hoch. Sie kann nicht nach Kassenlage ins Uferlose ausgeweitet werden, damit die BürgerInnen von der Kürzungspolitik nichts merken. Die Beschäftigten erleben aber, dass die Bürgerinnen und Bürger durchaus et-

was merken: Sie machen ihrem Unmut über lange Wartezeiten und Bearbeitungsdauer Luft und treffen dabei die, die diese Missstände nicht zu verantworten haben. Quer durch alle Bereiche werden die Beschäftigten dann auch noch mit der Aussicht bedroht, dauerhaft von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgekoppelt zu werden.

Diese Probleme der KollegInnen vor Ort griff der Bürgermeister kaum auf. Stattdessen sprach er über die Notwendigkeit einer gerechteren Steuerpolitik und einer angemessenen Finanzausstattung für Länder und Gemeinden. Niemand hat ihm da widersprochen. Aber es war auch niemandem damit geholfen.

Seinen guten Willen demonstrierte Jens Böhrnsen anhand einiger Einzelfragen, die inzwischen auch gelöst sind: Die Zwangsteilzeit für frisch ausgebildete Justizvollzugsbeamte wurde inzwischen abgewendet (Seite 13). Auch für die Vermeidung von Nachteilen, die sich aus der neuerlichen Verlegung des Beförderungstermins ergeben könnten, setzte der Präsident des Senats eine Lösung durch.

Abschließend gaben die Interessenvertretungen Jens Böhrnsen ihre Forderungen mit auf den Weg: Die Folgen der Kürzungspolitik dürfen nicht länger den Beschäftigten und ihren Vorgesetzten in die Schuhe geschoben

werden. Der Senat muss Farbe bekennen. Für öffentliche Dienstleistungen in guter Qualität, so die Interessenvertretungen, sind eine deutliche bessere Personalausstattung und gute Arbeitsbedingungen erforderlich. In dieser Hinsicht jedoch enttäuschte der Präsident des Senats: Er verteidigte erneut die Kürzungsvorhaben des Senats.



Doris Hülsmeier
Vorsitzende
Gesamtpersonalrat
Bremen



Burkhard Winsemann
wiss. Mitarbeiter
Gesamtpersonalrat
Bremen

Bürgerservice, Standortentwicklung, Sozialwesen, Gesundheitsvorsorge, Gleichstellung, Datenschutz, Rechtsprechung, Strafvollzug, Statistik
Organisation der Parlamentsarbeit, Vor- und Nachbereitung der Senatsitzungen, Stadtteilmanagement, Beiratsbetreuung, Marktwirtschaft
BürgerInnenbeteiligung, politische Bildung, Eigenreiner, Arbeits- und Gesundheitsschutz, Vertretung Bremens beim Bund



Schluss mit dem Personalabbau - Aufstockung der Haushaltsmittel für gute öffentliche Dienstleistungen

Forderungen der Personalrätekonferenz am 7. Oktober 2011 an den Senat

Von hochwertigen Dienstleistungen, die auf die Anforderungen der Gesellschaft und der Politik angemessen reagieren, fühlen wir uns seit längerem weit entfernt. Der Personalabbau, der seit dreißig Jahren betrieben wird, führt zu immer größeren Belastungen für unsere Kolleginnen und Kollegen in den Dienststellen und gleichzeitig zu deutlichen Einschränkungen für die Adressatinnen und Adressaten unserer Dienstleistungen: Warteschlangen und Bearbeitungszeiten nehmen zu, Aufgaben können nicht mehr in dem erforderlichen Umfang erledigt werden. Beschäftigte werden von aufgetragenen Bürgerinnen und Bürgern beschimpft. Wir wehren uns entschieden dagegen, dass die Verantwortung den Beschäftigten und ihren Vorgesetzten in die Schuhe geschoben wird.

Senat und Bürgerschaft müssen Farbe bekennen: Ohne die nötigen Einnahmen kann das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts bis 2020 nur mit nahezu unvorstellbaren Ausgabekürzungen durchgesetzt werden. Dazu müssten weitere wichtige Dienstleistungen und Qualitätsstandards geopfert werden.

Öffentliche Dienstleistungen sichern aber den Zusammenhalt und die Entwicklung unserer Gesellschaft und unserer Demokratie. Öffentliche Aufgaben dürfen daher nicht an Private ausgelagert werden. Auch öffentlich-private Partnerschaften lehnen wir ab. Öffentliche Dienstleistungen müssen durch deutliche Einnahmesteigerungen ausreichend finanziert werden.

Bremen muss große Anstrengungen unternehmen, um Personal weiterzuentwickeln und auch zukünftig qualifiziertes Personal zu gewinnen. Dazu ist in erster Linie eine deutliche Ausweitung der Ausbildung sowie eine verlässliche Übernahmezusage bereits zu Beginn der Ausbildung erforderlich. Nur mit einer attraktiven Berufsperspektive, die auch umfangreiche Weiterbildungsmöglichkeiten einschließt, wird es Bremen gelingen, ein gefragter Arbeitgeber zu bleiben. Hinzu kommen müssen gute Arbeitsbedingungen, eine angemessene Bezahlung und Gestaltungsmöglichkeiten durch Mitbestimmung und Beschäftigtenbeteiligung.

Gesundheitsmanagement, Personalentwicklung, jedem Alter angemessene und familienfreundlichere Arbeitsbedingungen müssen dringend weiterentwickelt und umgesetzt werden. Nur so kann man der immer weiter zunehmenden Arbeitsbelastung der Beschäftigten entgegenwirken. Wir fordern alle Senatorinnen und Senatoren auf, für eine Umsetzung in allen Dienststellen, Eigenbetrieben und Anstalten Sorge zu tragen.

Wir wehren uns dagegen, Beschäftigtengruppen gegeneinander auszuspielen. Wir fordern eine verbindliche Regelung zur Vermeidung prekärer Beschäftigungsverhältnisse im bremischen öffentlichen Dienst. Beamtinnen und Beamte dürfen nicht weiterhin regelmäßig und dauerhaft zu zusätzlichen Opfern verdonnert werden. Die Lasten der zurückliegenden Jahre sind erdrückend und lassen keine weiteren Einschränkungen zu. Alle Versuche, Beschäftigte des bremischen öffentlichen Dienstes finanziell abzukoppeln von der Entwicklung in anderen Bundesländern, werden wir entschieden bekämpfen.

Wir, die Personalräte, Frauenbeauftragten und Schwerbehindertenvertretungen des bremischen öffentlichen Dienstes fordern den Senat auf sicherzustellen, dass öffentliche Dienstleistungen in guter Qualität erbracht werden können. Dazu müssen die Kürzungsbeschlüsse der Koalitionsvereinbarung zurückgenommen und stattdessen öffentliche Dienstleistungen verstärkt werden. Eine deutlich bessere Personalausstattung und gute Arbeitsbedingungen sind zwingend erforderlich.

Flagge zeigen für den öffentlichen Dienst



V.S.d.P.
Doris Hülsmeier, Gesamtpersonalrat für das Land und die Stadtgemeinde Bremen, Knochenhauerstr. 20/25, 28195 Bremen



Schluss mit dem Personalabbau - diese Aufforderung wurde am Schluss der Personalrätekonferenz Bürgermeister Jens Böhrnsen mit auf den Weg gegeben

Auszüge aus den Reden der Personalräteversammlung

Toren Christians Personalrat KiTa Bremen

In der Personalversammlung am 1. April lobten der Bürgermeister und der Staatsrat KiTa Bremen als einen Vorzeigebetrieb des Öffentlichen Dienstes. Heute scheint das alles nur ein Aprilscherz gewesen zu sein. KiTa Bremen soll in diesem Jahr rund 1 Mio. Euro weniger ausgeben als im Wirtschaftsplan veranschlagt, und nächstes Jahr soll eine weitere Million gekürzt werden. Da kommt die Qualität unter die Räder.

Bernhard Esters Personalrat Umweltbetrieb Bremen

Die Bürgerschaft hat durch die Verlagerung von Kompetenzen auf den Haushalts- und Finanzausschuss die Betriebsausschüsse praktisch ausgehebelt. Jetzt können nicht einmal Wirtschaftspläne für das nächste Jahr beschlossen werden, die für die Haushaltsaufstellung doch gebraucht werden. Für uns in den Eigenbetrieben ist es wichtig, dass es auch zukünftig Kontrollgremien gibt, in denen - wie in den bisherigen Betriebsausschüssen - Verwaltung, Bürgerschaft und Beschäftigte vertreten sind.

Andreas Strassemeier Personalrat Justizvollzugsanstalt

Wir haben bis heute ca. 40 % unserer Stellen eingebüßt. Stetige Arbeitsverdichtung und steigende Arbeitsbelastungen sind die Folge. Seit Jahren gelingt es nicht mehr den Berg von ca. 10000 Überstunden abzubauen. Die schwierige Arbeit mit den drogenabhängigen, gewalttätigen und verhaltensauffälligen Gefangenen soll mit immer weniger Personal durchgeführt werden. Weiteren Stellenabbau können wir nicht verkraften. Ihr macht tolle Vollzugs Gesetze. Lasst die Kolleginnen und Kollegen nicht alleine! Zum 01.09.2011 wurden 18 Anwärter nur in Teilzeit übernommen. Dabei sieht das Beamtenrecht gar keine Zwangsteilzeit vor. Zu guter Letzt soll jetzt auch noch die Pensionsgrenze im allgemeinen Justizvollzugsdienst von 60 auf 62 Jahre angehoben werden. Ich sehe schon die 62-jährigen Kolleginnen und Kollegen im Alarmfall über das Anstaltsgelände laufen und wie sie sich mit jungen Gefangenen prügeln und sie in Verhewzellen bringen! Wie soll das funktionieren? Nebenbei verkraften sie mal locker den Schichtdienst. Also mal ehrlich: Das geht gar nicht!

Burckhard Radtke Gesamtpersonalrat

Beamtinnen und Beamte dürfen nicht weiterhin regelmäßig und dauerhaft zu zusätzlichen Opfern verdonnert werden. Sonst ist irgendwann die Motivation futsch. Und unmotivierte Beamtinnen und Beamte werden die viele Arbeit, die von ihnen erwartet wird, sicher nicht schaffen.

Winfried Noske Personalrat Finanzamt Bremen-Ost

Das Geld liegt auf der Straße, wir in den Finanzämtern könnten es aufheben. Aber der Senat lässt uns nicht. Die Häufigkeit von Betriebsprüfungen ist im letzten Jahr drastisch zurückgegangen. Wir brauchen dringend mehr Personal in der Steuerverwaltung und vor allem mehr Ausbildung. Betriebsprüfer wachsen nicht auf Bäumen.

Doris Hülsmeier Gesamtpersonalrat

Das, was Bürgerinnen und Bürger, Gesellschaft und Politik vom öffentlichen Dienst erwarten, wird mehr und anspruchsvoller. Und das ist gut so. Nicht in Ordnung ist hingegen, dass uns gleichzeitig von der Politik die Grundlagen für gute Dienstleistungsarbeit immer weiter entzogen werden. Seit dreißig Jahren geht das schon so mit den immerwährenden Kürzungen. Und es wird noch schlimmer. Und als Dank? Für die Beschäftigten, die das alles leisten und abfedern sollen, vor allem für die Beamtinnen und Beamten, werden weitere erhebliche materielle Verschlechterungen vorgesehen.

Fortsetzung Seite 6



Die Personalräteversammlung am 7. Oktober 2011 war sehr gut besucht. Die Interessensvertretungen hatten einen Sack voll Probleme für den Bürgermeister mitgebracht

Fortsetzung von Seite 5

Lars Hartwig
Personalrat Feuer-
wehr

Die Bürger sollen nichts merken! Wahnsinn!! Aber weiß der Bremer Bürger eigentlich, dass bei der Feuerwehr in den letzten Jahren über 140 Stellen abgebaut wurden? Bei steigenden Einsatzzahlen? Nirgends darf man länger auf die Feuerwehr warten. Unsere Arbeitsbedingungen werden zunehmend schlechter. Ob die Erhöhung der Lebensarbeitszeit oder die Eigenbeteiligung bei der Freien Heilfürsorge, alles Besoldungskürzungen für die KollegInnen, die bei der Feuerwehr im letzten Jahr Mehrarbeit für 33 Vollzeitstellen geleistet haben. Wir bei der Feuerwehr, wir merken noch etwas und hoffen, dass die Politik auch noch etwas merkt.

Gerhard Amenda
Personalrat Hoch-
schule Bremen

Was nützt es den Hochschulen und der Uni, dass sie weiterhin ProfessorenInnen und wissenschaftliche MitarbeiterInnen - diese überwiegend prekär - von außen einstellen können, wenn das technische Fachpersonal für den Betrieb von Laboratorien nur intern eingestellt werden darf? In diesem Bereich gibt es keinen Überhang an Personal im bremischen öffentlichen Dienst.

Petra Lichtenberg
Personalrat Schulen

Bremen will eine Schulreform umsetzen, die in der Bundesrepublik einmalig ist: Alle Schülerinnen und Schüler, ob sie körperlich oder geistig beeinträchtigt sind, ob sie Lernbehinderungen oder Verhaltensstörungen aufweisen, werden zusammen unterrichtet. Das ganze soll gewuppt werden nicht nur ohne mehr Geld, sondern mit weniger. Nennt der Senat das einen verantwortungsvollen Umgang mit Kindern und Jugendlichen, deren Zukunftschancen u. a. an einer guten Schulbildung hängen? Nennt der Senat das einen verantwortungsvollen Umgang mit Kindern mit körperlichen und geistigen Beeinträchtigungen? Mit Kindern aus bildungsfernen Schichten? Mit Kindern mit Migrationshintergrund? Nennt der Senat das einen verantwortungsvollen Umgang mit den Beschäftigten an Schulen, die darum kämpfen, ihren Aufgaben und ihrer Verantwortung unter diesen Bedingungen gerecht werden zu können?

Wolfgang Klamand
Personalrat Amt für
Soziale Dienste

Bei jedem Zusammentreffen passiert dasselbe - der Bürgermeister verweist auf das kleine Bremen gegen große „Weltpolitik“, das kleine Rad im Getriebe, die Abhängigkeit, den fehlenden Spielraum. Diese Versammlung hier ist jedoch kein Ritual. Ich gehe davon aus, dass wir ernst genommen werden. Ein paar zentrale Punkte, die das Klima im Amt beschreiben: Die schleppende Stellenbesetzung als bewusstes finanzpolitisches Handlungskonzept führt zu unerträglichen Personallücken. Die Bezahlung im ambulanten Dienst steht in keinem angemessenen Verhältnis zur Verantwortung. Wenig wertschätzende Bezahlung, schleppende Stellenbesetzung, lange Befristung, hohe Arbeitsverdichtung verbunden mit wenig Zeit und hochkomplexer Aufgabenstellung führen zu Wegbewerbungen von vorwiegend jungen KollegInnen innerhalb der ersten drei Jahre. Innovation geht damit verloren. Insgesamt ist das Klima schlecht und die KollegInnen schäumen. Wir sind gewillt, den Bürgermeister zu unterstützen. Wir haben eine große Stadthalle. Ich bin sicher, 14.000 KollegInnen werden dort gerne helfen.

Rainer Kuhn
ver.di

ver.di ist nach wie vor der Meinung, dass die Einführung der Schuldenbremse ins Grundgesetz ein falscher Weg war und ist. An dieser Stelle begrüßen wir aber die deutlichen Aufträge der Koalition an den Senat, für sozial verträgliche Steuererhöhungen, vor allem durch eine stärkere Besteuerung von hohen Einkommen und Vermögen einzutreten. Gleichzeitig soll auf Kosten der Beschäftigten der Haushalt Bremens saniert werden. Der geplante Stellenabbau führt zwangsläufig zu einem deutlichen Qualitätsverlust von Dienstleistungen. Beispiele dafür gibt es schon jetzt genug. Für die Beschäftigten heißt das Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, Demotivation, Beschimpfungen am Arbeitsplatz wegen langer Warteschlangen und Bearbeitungsdauern, aber auch im persönlichen Umfeld. In der Koalitionsvereinbarung heißt es: „betriebsbedingte Kündigungen schließen wir aus“ - Dann können wir das ja in einem Tarifvertrag festhalten!

Gute Bildung und Stellenkürzungen in den Schulen

Halloooo? Wie soll das denn gehen?

Für die Schulen in Bremen sind die Bedingungen schwierig: Im Bundesvergleich haben wir den größten Anteil an armen Kindern. Auch Schülerinnen und Schüler mit einem Migrationshintergrund gibt es hier mehr als in jedem anderem Bundesland. Die besten Lernbedingungen durch gute Personal- oder Sachausstattung wären also notwendig, um soziale Nachteile auszugleichen.

Durch den Stellenabbau bis zum Jahr 2007 ist Bremen allerdings bei der Lehrerversorgung von einem Spitzen- auf einen hinteren Platz abgefallen. Jede 5. Lehrerstelle wurde gestrichen, obwohl die Schülerzahl nicht zurückging.

Anfang 2009 wurden kostenintensive Veränderungen des Schulsystems wie die Inklusion beschlossen. Schülerinnen



Bremen ist damit das erste Bundesland, das mit der Einführung der inklusiven Bildung der Verpflichtung der 2008 in Kraft getretenen UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen nachkommt.

In diesem Sommer verkündete die Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit die Kürzung

de, dass die begonnenen Schulreformen insgesamt finanziell nicht abgesichert sind.

In der Koalitionsvereinbarung werden die Fortführung der begonnenen Maßnahmen und weitere Verbesserungen der Bildung versprochen. Gleichzeitig sollen ab 2012 1,2% der Lehrerstellen gestrichen werden. Nach 4 Jahren wäre dann jede 20. Stelle weg.

Schülerinnen und Schüler, Eltern und die in der Schule Beschäftigten fragen sich:

Wie soll das denn gehen?

Sie protestieren gemeinsam gegen die aktuelle und die zukünftig geplante Rotstift-Politik, haben sich zum „Bremer Bündnis für Bildung“ zusammengeschlossen und sammeln Unterschriften unter einen Aufruf (www.bremer-buendnis-fuer-bildung.de). Dem Aufruf haben sich der ver.di-Bezirk Bremen-Nordniedersachsen sowie

der DGB-Regionsvorstand Bremen-Elbe-Weser angeschlossen.

Am 15. November wird das Bremer Bündnis für Bildung anlässlich der Haushaltsberatungen um 15.00 Uhr ab Hauptbahnhof demonstrieren (Kundgebung: 15.30 Uhr Marktplatz). Macht mit, beteiligt euch!



Harry Eisenach freigest. Mitglied im Gesamtpersonalrat Bremen und Sprecher der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Bremen



und Schüler mit höherem Förderbedarf sollen zukünftig nun gemeinsam mit den anderen Gleichaltrigen in der Regelschule lernen.

von ca. 60 Lehrerstellen, weil der zur Verfügung stehende Haushalt für die aktuellen Aufgaben nicht ausreicht. Zugegeben wur-

Damit ist kein Staat zu machen

Wie Steuersenkungen die öffentlichen Finanzen und den öffentlichen Dienst in die Krise getrieben haben

Seit vielen Jahren schon erleben die Beschäftigten im öffentlichen Dienst das immer gleiche Spiel: Wenn die Gewerkschaften angemessene Lohnsteigerungen, eine vernünftige Personalausstattung und eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die öffentlich Beschäftigten fordern, wird ihnen von Arbeitgeberseite entgegengehalten, dafür sei schlicht und ergreifend kein Geld da. Die öffentlichen Haushalte seien tief in den roten Zahlen, es müsse daher gespart werden. Dies gilt für alle staatlichen Ebenen. Der Bund hat zur Einhaltung der Schuldenbremse bis zum Jahr 2016 ein Sparpaket verabschiedet, dessen Schwerpunkt auf Kürzungen im sozialen Bereich und - wie sollte es anders sein - bei der öffentlichen Verwaltung liegt. In den Ländern muss bis 2020 der Übergang zu strukturell ausgeglichenen Haushalten organisiert werden, so dass auch hier fast überall die nächsten Sparhaushalte anstehen. Angesichts des aufgabenbedingt hohen Personalkostenanteils und der zu erwartenden Ausgabenanstiege im Bereich der Pensionen bei den Ländern liegt ein Schwerpunkt der Kürzungsdebatten auch hier wieder bei den Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Die in den vergangenen zehn Jahren immer stärker unter Druck geratenen Kommunen schließlich verzeichneten in den letzten beiden Jahren riesige De-

fizite und setzen ebenfalls überall den Rotstift an. An der allgemeinen Kürzungsmentalität ändert auch die bislang unerwartet kräftige konjunkturelle Erholung kaum etwas, zumal der zu erwartende Konjunkturabschwung im nächsten Jahr die Probleme bereits wieder verschärfen wird.

Das ist nicht nur für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst eine frustrierende Perspektive, sondern auch für die Bürgerinnen und Bürger: Die zu Recht allenthalben geforderte und Ausweitung von zentralen Zukunftsinvestitionen in den Bereichen Bildung, Kinderbetreuung sowie ökologische und tra-

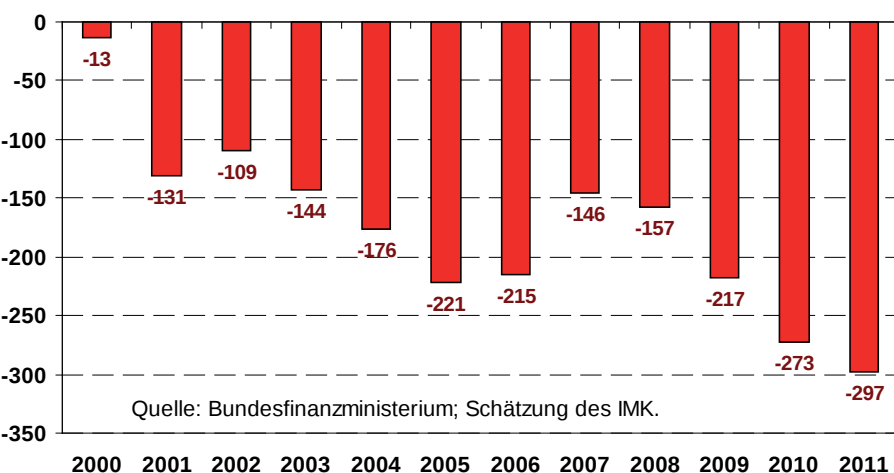
träge zur Kasse gebeten.

Woher kommen aber eigentlich die Defizite in den öffentlichen Haushalten und der ganze Konsolidierungsdruck? Glaubt man einer weit verbreiteten Meinung, haben der Staat und seine Beschäftigten schon seit langem über ihre Verhältnisse gelebt und die öffentlichen Ausgaben aus dem Ruder laufen lassen. Allerdings ist der Vorwurf einer verschwenderischen Ausgabenpolitik vollkommen absurd: Von 1998 bis 2010 erhöhten sich die gesamtstaatlichen Ausgaben nominal pro Jahr im Durchschnitt nur um 1,8%; real stagnierten sie mit einer durchschnitt-

Schuldenkrise betroffen sind - stiegen die Ausgaben im selben Zeitraum nominal um durchschnittlich 3,8% pro Jahr; real waren es immerhin 1,8%.

Damit kann die Ursache nur auf der Einnahmenseite liegen. Einen wichtigen Beitrag hat sicherlich die lange Zeit schlechte Konjunktur geleistet. Doch die entscheidende Ursache liegt woanders: Die Steuereinnahmen wurden seit dem Jahr 2000 immer wieder empfindlich geschwächt. Das ist kein Geheimnis, sondern wurde jeweils vor Verabschiedung der Gesetzesänderungen vom und des Finanzmini-

Finanzielle Auswirkungen der Steuerrechtsänderungen seit 1998 für Bremen in den Jahren 2000 bis 2011 in Mio. Euro



ditionelle Infrastruktur wird ohne eine Aufwertung und einen Ausbau des öffentlichen Dienstes nicht funktionieren. Sie müssen daher weiter mit nicht bedarfsgerechten öffentlichen Leistungen zurechtkommen oder werden über steigende Gebühren oder Bei-

lichen jährlichen Wachstumsrate von 0,2% im selben Zeitraum. Im internationalen Vergleich ist Deutschland damit nach Japan „Vize-Weltmeister“ in sparsamer Ausgabenpolitik. In den Ländern der alten EU - auch solchen, die nicht von der aktuellen

steriums ordnungsgemäß berechnet und dokumentiert. Summiert man die Zahlen auf und schreibt sie falls nötig fort, ergibt sich ein erschreckendes Bild: Insgesamt belaufen sich die steuerreformbedingten Ausfälle der drei Bundesregierungen seit 1998 auf

rund 50 Mrd. Euro jährlich - der Spitzenwert wird in diesem Jahr mit ca. 51 Mrd. Euro erreicht. Dabei handelt es sich um Nettowerte, d. h. die im selben Zeitraum zu verzeichnenden Steuererhöhungen sind bereits gegen gerechnet. Zum Vergleich: In diesem Jahr ist von einem gesamtstaatlichen Defizit von knapp 25 Mrd. Euro auszugehen. Rein rechnerisch könnte der Staat in diesem Jahr also bereits deutliche Haushaltsüberschüsse ausweisen. Von den Steuersenkungen sind Bund, Länder und Gemeinden je nach ihren Anteilen am Steueraufkommen betroffen. Für das Land Bremen ergibt eine grobe vorsichtige Schätzung in diesem Jahr eine steuerreformbedingte Minderung der Steuereinnahmen um knapp 300 Mio. Euro. Das große Defizit der Hansestadt von etwa 1 Mrd. Euro würde ohne die Steuersenkungen nicht verschwinden, es könnte aber wohl um ein gutes Drittel geringer ausfallen.

Verschlimmert wird die fiskalisch katastrophale Bilanz der Steuerpolitik dadurch, dass sie die ohnehin trendmäßig zunehmende Schieflage der Einkommens- und Vermögensverteilung weiter verschärft hat. Unternehmen und reiche Haushalte profitierten weit überproportional. Die zwischendurch umgesetzten Steuererhöhungen - vor allem die Mehrwertsteuererhöhung 2007 - trafen dagegen besonders

die Bezieher unterer und mittlerer Einkommen. Ein höheres Wachstum haben die Reformen auch nicht gebracht: Es ist frappierend, dass die Phase weitreichender Steuersenkungen von 2001 bis 2005 identisch mit der langen Stagnationsphase der deutschen Wirtschaft ist, während der Aufschwung 2006 und 2007 genau in eine Phase deutlicher Steuererhöhungen fällt.

Kommt es nicht zu einem Wandel in der Steuerpolitik, so kann der Teufelskreis aus schlechteren öffentlichen Leistungen, steigender Unzufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger und weiteren Steuersenkungen nicht durchbrochen werden. Daher verbieten sich für längere Zeit weitere Steuersenkungen. Wenn die Handlungsfähigkeit des Staates und die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes auf den traditionellen Handlungsfeldern gesichert und gleichzeitig zentrale Zukunftsinvestitionen getätigt werden sollen, ohne dass die Defizite zunehmen, dann führt an Steuererhöhungen kein Weg vorbei. Um die stark angestiegene, auch makroökonomisch schädliche, Schieflage der Einkommensverteilung zu korrigieren, sollten sie sich auf einkommens- und vermögensstarke Haushalte konzentrieren. Daher kämen insbesondere eine spürbare Anhebung des Einkommensteuertarifs im Bereich hoher Einkom-



Zur Person Achim Truger:

1969 in Köln geboren
Studium der Volkswirtschaftslehre an der Universität zu Köln
1997 Promotion an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln
Seit 1999 Leiter des Referates „Steuer- und Finanzpolitik“ in der Hans-Böckler-Stiftung, zuerst im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) und ab 2005 im Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK).
Arbeitsschwerpunkte: Steuer- und Finanzpolitik, Makroökonomie und (europäische) Wirtschaftspolitik.

men, eine deutliche Erhöhung der Erbschaftsteuer für große Erbschaften, die Wiedereinführung der Vermögensteuer sowie die Einführung einer Finanztransaktionsteuer in Frage. Es geht nicht um ein „Abkassieren“ breiter Bevölkerungsschichten zu Gunsten eines aufgeblähten öffentlichen Dienstes, sondern um ein sozial gerecht finanziertes Programm zur Verbesserung der Lebensqualität der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung.

Achim Truger

Mehr Arbeit + 0 Personal = Mehr Service

Halloooo? Wie soll das denn gehen?

Am 1. September wurde der elektronische Aufenthaltstitel eingeführt. In der Ausländerbehörde führt dies neben einer Verdopplung der Vorsprachen auch zu einem größeren Arbeitsaufwand sowohl in der Sachbearbeitung als auch in der Ablauforganisation. Es muss nicht nur die Biometrie eines Kunden aufgenommen werden (Abnahme der Fingerabdrücke, Vorlage von Fotos, persönliche Unterschrift) sondern auch ausführlich und durch Unterschrift nachgewiesen über den elektronischen Aufenthaltstitel sowie über die

weiteren Funktionen beraten werden. Bei den oft vorhandenen Sprachbarrieren führt dies zu vielen Problemen.

Der elektronische Aufenthaltstitel führt zu erheblicher Mehrarbeit. Das wird auch von der Amtsleitung anerkannt. Dennoch müssen die Kolleginnen und Kollegen jeden Fall mit demselben Zeitaufwand bewältigen wie zuvor. Wie soll das denn gehen? Ein Initiativantrag des Personalrats auf Erhöhung der Taktung in der Publikumsfachbearbeitung von 30 auf 40 Minuten wurde bisher von der Amtslei-

tung abgelehnt. Gleichzeitig wurde eine Änderung in der Ablauforganisation durch die Einrichtung eines Abholschalters notwendig. Das für diese zusätzlichen Arbeiten erforderliche Personal stand am 1.9.2011 nicht zur Verfügung.

Stattdessen wurde das vorhandene Personal aus der Hintergrundarbeit in die Großraumbüros verschoben. Der notwendige Datenschutz für die Migrantinnen und Migranten ist dadurch nicht gewährleistet, und die Kolleginnen und Kollegen werden durch diese schlechte Arbeitssituation erneut in ihrer Ge-

sundheit gefährdet. Das Liegenbleiben der Hintergrundarbeit führt auch zum Entstehen neuer Postberge. Außerdem kann die telefonische Erreichbarkeit nicht mehr gewährleistet werden.

Für die ausländischen MitbürgerInnen hat diese mangelhafte personelle Ausstattung zur Folge, dass zukünftig wieder mit sehr viel mehr Wartezeiten zu rechnen ist.

**Personalrat
Stadamt Bremen**

Beschleunigte Betriebsprüfungen ohne mehr Ausbildung

Halloooo? Wie soll das denn gehen?

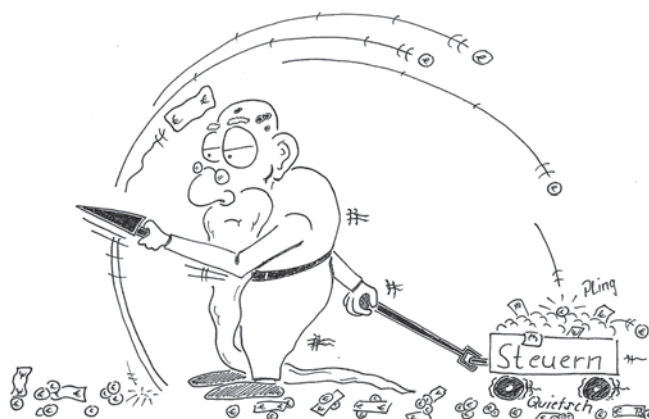
Die rot-grüne Koalition stellt hohe Ansprüche an die Steuerverwaltung und legt besonderen Wert auf die Verbesserung der Qualität, die Beschleunigung von Betriebsprüfungen und die Bekämpfung der Steuerhinterziehung. Der Spitzensteuersatz soll erhöht („Reichensteuer“) und große Vermögen sollen stärker belastet werden - das ist die Wiedereinführung der Vermögensteuer. Hierfür ist - sagt zutreffend die Koalition - eine Neubewertung des Grundvermögens notwendig. Höherer Arbeitsdruck, ein neues Bewertungsverfahren und eine neue Steuerart mit einem Personalkörper, der bereits jetzt nur 80% des bundeseinheitlichen Solls beträgt und dazu jährlich

um weitere 1,6% gemindert werden soll - hallo, wie soll das denn gehen?

Inhaltlich sind die Ansätze der Koalition richtig. Aber: Dazu ist ausreichend Personal notwendig. Betriebsprüfer wachsen - ebenso wie die Steuerfachbearbeiter - nicht auf Bäumen; man muss sie ausbilden. Und zwar in einer Menge, die größer ist als die Zahl der Altersabgänge. Also: Nicht weiterhin die einzige Einnahmeverwaltung kaputt sparen, sondern das Personal mit jungen, motivierten Menschen ausbauen. Nur so kann Bremen das Geld, das auf der Straße liegt, auch tatsächlich aufheben!

**Personalräte der
Finanzämter**

Zeichner: Tim Beinker, Finanzamt Bremen-Ost



"...das Geld liegt ja wirklich auf der Straße!"

Für unsere Kinder das Beste

Halloooo? Wie soll das denn gehen?

Laut Koalitionsvereinbarung von SPD und Grünen hat die „quantitative und qualitative Ausweitung der Kinderbetreuung (...) hohe Priorität.“ Soviel zum politischen Anspruch. Die Praxis sieht anders aus. Die Kürzungsorgie war längst vorbereitet.

Mit Datum 22. Mai 2011** - ein Schelm, wer Böses dabei denkt - beantragte die Geschäftsführung von KiTa Bremen beim Personalrat, dass den Erzieherinnen und Erziehern die tarifliche Qualifizierungszeit nicht mehr gewährt werden soll. Damit sollen 7,8 Stellen eingespart werden. Da aber Qualifizierungs- und Vorbereitungszeiten unverzichtbar sind,

müssen die Kitas dafür an zwei zusätzlichen Tagen geschlossen werden.

Hallo? Wie soll das denn gehen? Ist das eine quantitative oder qualitative Verbesserung der Kinderbetreuung?

In den Krippen werden jetzt 10 statt 8 Kinder pro Gruppe aufgenommen. Diese werden von gleich viel Erzieherinnen und Erziehern wie bisher betreut.

Hallo? Wie soll das denn gehen? Ist das eine qualitative Verbesserung in der Bildungsarbeit mit den Kleinsten?

In den Sommerferien forderte die Sozialsenatorin weitere Kürzungen in Höhe von mehreren 100.000 Euro - entgegen

dem beschlossenen Wirtschaftsplan. Ein zentraler Ansatzpunkt sind dabei die Kosten für das Mittagessen und dessen Zubereitung. Für das nächste Jahr verlangt die Sozialsenatorin von KiTa Bremen weitere Kürzungen im Umfang von 1 Mio. €. Unter anderem prüft die Geschäftsführung derzeit, ob dies zum Teil durch Privatisierungen im hauswirtschaftlichen Bereich erreicht werden kann.

Hallo? Wie soll das denn gehen? Gesunde Ernährung und die Tätigkeiten in Küche und Reinigung sind Teil des pädagogischen Konzepts von KiTa Bremen und kein zu minimierender Kostenfaktor.

Die Kinder unter 3 Jahren sollen ab Januar nicht mehr von zwei Erzieherinnen und Erziehern, sondern von einer ErzieherIn und einer KinderpflegerIn betreut werden. Dieses führt zu geringeren Personalausgaben.

Hallo? Wie soll das denn gehen? Sieht so qualitative Ausweitung der Kinderbetreuung aus?

**Personalrat
KiTa Bremen**



Viele ErzieherInnen wünschen sich mehr Arme und Hände



Wenn wir das Beste für unsere Kinder wollen, muss auch eine ausreichende Finanzierung sichergestellt werden

** Das war der Wahlsonntag
(Anm. der Redaktion)

Bremer Politik nimmt erneut Beamte aufs Korn

BeamtInnen sollen erneut stärkeren Anteil der Kürzungen tragen

Geht es nach den Vorstellungen der Regierungskoalition werden die bremischen Beamtinnen und Beamten in den nächsten vier Jahren erneut einen sehr großen Anteil der Kürzungen für den bremischen Haushalt erbringen müssen. Das ist nicht akzeptabel. Bereits in den letzten Jahren haben Streichungen und verspätete Übernahme von Tarifiergebnissen zu erheblichen Einkommensverlusten geführt.

Verlängerung der Lebensarbeitszeit ist falsch

Die geplante Verlängerung der Lebensarbeitszeit für die Beamtinnen und Beamten ist genau so falsch, wie bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Gerade die gestiegenen Arbeitsbelastungen der letzten Jahre und die daraus erwachsenden zusätzlichen Belastungen machen es erforderlich, die Lebensarbeitszeit im bisherigen Rahmen zu belassen. Die Belastungen an den Schulen, die Situation aller publikumsnahen Bereiche und der gewachsene Druck in den reinen Verwaltungsbereichen lassen keine Verlängerung der Lebensarbeitszeit zu. Im Zusammenhang mit der Tendenz zu einem gesundheitlich bedingten früheren beruflichen Ausstieg kommt die Heraufsetzung der Altersgrenze einer Kürzung der Pension gleich.

Die angestrebte Verlän-

gerung der Lebensarbeitszeit für die Vollzugsdienste Polizei, Feuerwehr und Justizvollzug sollte unbedingt gesondert behandelt werden. Schon in der Vergangenheit wurde die Altersgrenze von 58 Jahren auf 60 Jahre erhöht. Jetzt ist beabsichtigt, die Lebensarbeitszeit auf das 62. Lebensjahr anzuheben - trotz der bereits verordneten Schlechterstellung. Eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit wird den besonderen gesundheitlichen Belastungen durch Schichtarbeit und besonderen Stresssituationen nicht gerecht.

Immer wichtiger: Gesundheitsmanagement

Immer wichtiger werden Maßnahmen des Gesundheitsmanagements in den Dienststellen. Gemeinsam mit den Beschäftigten müssen belastende Faktoren in der Arbeit herausgefunden und beseitigt werden. Und gerade für besonders belastete Berufsgruppen müssen alters- und altersgerechte Arbeitsplätze bereitgestellt werden.

Kürzungen der Pensionen geplant?

In die Überlegungen zur Ausgestaltung des auf Länderebene erforderlichen neuen Versorgungsrechtes für die Beamtinnen und Beamten, einen sogenannten Nachhaltigkeitsfaktor - ähnlich der gesetzlichen Rentenversicherung - aufzunehmen, ist vollkommen

abwegig. Der sogenannte Nachhaltigkeitsfaktor soll offensichtlich für weitere Kürzungen von Pensionen genutzt werden. Diesen Ansatz halten wir für rechtlich bedenklich und lehnen wir komplett ab, zumal für die Verwendung eines Nachhaltigkeitsfaktors jegliche Berechnungsgrundlage fehlt.

Zur Kasse bitte!

Zusätzlich sollen die Beamtinnen und Beamten direkt zur Kasse gebe-



ten werden. In der Koalitionsvereinbarung heißt es: „Beamten- und besoldungsrechtliche Nebenregelungen werden unter Berücksichtigung der Entwicklungen in anderen Ländern an die haushaltswirtschaftlichen Rahmenbedingungen angepasst.“ Besonders benannt wird die Aufnahme eines Selbstbehalts, als Eigenanteil bei der Freien Heilfürsorge.

Gleichzeitig ist geplant, die Besoldung der zu übernehmenden Polizeikommissarinnen und Polizeikommissaren für die Dauer der Probezeit abzusenken. Dadurch kommt

es ebenfalls zu erheblichen Einkommensverlusten. Hierdurch werden gerade junge Menschen betroffen, die für eine weitere Lebensplanung auf ein ausreichendes Einkommen angewiesen sind.

Besoldungskürzungen lehnen wir grundsätzlich ab und fordern im Gegenteil die Rücknahme der bereits erfolgten Absenkungen der Lehrerbeseoldung. Die geplante Streichung der Jubiläumsgeldzuwendung wurde fürs Erste verworfen.

All diese Regelungen würden zu weiteren Einkommenseinbußen bei den Beamtinnen und Beamten führen. Das ist gerade wegen der vielen Einbußen bei der Besoldung der letzten Jahre nicht akzeptabel.

Völlig vermissen wir Ansätze zu einer Verbesserung der Beteiligungsrechte für Beamtinnen und Beamte bei der Ausgestaltung ihrer Arbeitsbedingungen. Es hätte die Möglichkeit bestanden, die Bedeutung von Beschäftigtenbeteiligung, die an verschiedenen Stellen ausgedrückt wird, in konkrete Handlungen umsetzen zu können. Wir bedauern das sehr und fordern die politisch verantwortlichen Akteure auf, sich auf die Vorschläge des Deutschen Gewerkschaftsbundes (Verhandeln statt Verordnen) einzulassen.

Die beamtenrechtlichen Rahmenbedingungen geben den politisch Verantwortlichen besondere Handlungsmöglichkeiten über Gesetze, die Besol-

Zwangsteilzeit abgewendet

Starkes Engagement überwindet Haushaltszwänge

derung und Versorgung der Beamtinnen und Beamten zu regeln. Die sich hieraus ergebende besondere Verantwortung darf nicht missbraucht werden. Beamtinnen und Beamte dürfen nicht weiterhin regelmäßig und dauerhaft zu zusätzlichen Opfern verdonnert werden. Die Lasten der zurückliegenden Jahre sind erdrückend und lassen keine weiteren Einschränkungen zu. Die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften werden die geplanten weiteren Einschränkungen und Belastungen für die Beamtinnen und Beamten nicht widerstandslos hinnehmen.



Susanne Kremer,
Landesbezirk
Niedersachsen-
Bremen



Harry Eisenach,
Landesverband
Bremen



Horst Göbel,
Landesbezirk
Bremen

Seit Jahren wird den in Bremen gut ausgebildeten Rechtspflegerinnen und Rechtspflegern und Justizfachangestellten suggeriert, dass sie nur dann alle nach ihrer Ausbildung übernommen werden, wenn sie zur Teilzeit bereit sind.

Eine unglaubliche Vorgehensweise. Natürlich unterschreiben die Kolleginnen und Kollegen. Sie wundern sich aber zugleich, dass in anderen Bundesländern ausgebildete Fachkräfte zur gleichen Zeit in Vollzeit eingestellt werden. Diese Einstellungspraxis wird dann auch noch als Erfolg verkauft.

Im Justizvollzug wurde diese Vorgehensweise jetzt noch getoppt.

Erstmals wurde den Kolleginnen und Kollegen, die gerade ihre Ausbildung zur Justizvollzugsbeamtin/zum Justizvollzugsbeamten erfolgreich beendet hatten, ein vorgefertigter Teilzeitantrag mit 30 Wochenstunden vorgelegt. „Ohne Teilzeitantrag keine Übernahme“ wurde gesagt. Die Kolleginnen und Kollegen haben mit Wut im Bauch unterschrieben.

Keiner der Verantwortlichen hatte sich offenbar Gedanken darüber gemacht, was das für die Kolleginnen und Kollegen finanziell bedeutet. Immerhin ist die Ausbildung für den Justizvollzugsdienst für die meisten eine Zweitausbildung, und einige der Betroffenen haben eine Familie zu versorgen.

Vor diesem Hintergrund

begann für die 18 Kolleginnen und Kollegen nach der Unterschrift unter den Teilzeitantrag der Kampf für Vollzeitstellen. Der Personalrat der JVA, die Gewerkschaft ver.di und der Gesamtpersonalrat unterstützten sie nach allen Möglichkeiten dabei. Dadurch wurde das Justizressort veranlasst, sich nochmals um eine Erweiterung seiner personalpolitischen Handlungsspielräume zu bemühen. Letztlich wird das engagierte Auftreten des Personalratsvorsitzenden der Justizvollzugsanstalt, Andreas Strassemeier, auf der Personalräteversammlung (s. a. Seite 5) den Ausschlag gegeben haben. Jetzt kam die gute Nachricht: Unser gemeinsamer Kampf mit den 18 Kolleginnen und Kollegen um Vollzeitarbeitsplätze war erfolgreich!



Manfred Soboll
freigest. Mitglied
Gesamtpersonal-
rat Bremen

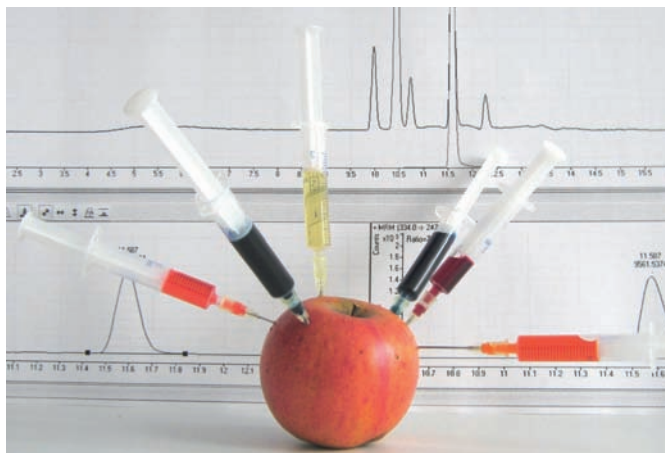
Gammelfleisch, Salmonellen und Pestizide...

... das LUA Bremen steckt immer mittendrin im Skandal

Das Landesuntersuchungsamt für Chemie, Hygiene und Veterinärmedizin - kurz LUA - ist ein Laborbetrieb der Freien Hansestadt Bremen. Es untersucht und überwacht unsere Lebensmittel und hat seinen Ursprung im Jahre 1872 als chemische Station zur Untersuchung von Trinkwasser.

Heute untersucht das LUA nicht nur das Lebensmittel Trinkwasser, sondern auch das Abwasser und das Badewasser. Es nimmt Proben von Haus- und von Nutztieren. Neuerdings werden auch Kaffee, Tee und Kakaoprodukte nach Rückständen oder Belastungen untersucht.

Die Arbeit der ca. 60 Kolleginnen und Kollegen beim LUA, davon 80% Frauen, dient vor allem



Wie sicher ist unser Obst? Mit einer Überprüfung kommt das LUA den Pestiziden auf die Spur

Sehr vielfältig sind die Berufe: Es gibt Biologen, Chemiker, Lebensmittelchemiker und Tierärzte aus dem wissenschaftlichen Bereich, und neben zwei Azubis und Verwaltungsfachkräften sind da noch die Chemieingenieure, Techniker, MTAs und La-

den sich Rückstände, die bei der Produktion bewusst eingesetzt werden, so z. B. Pflanzenschutzmittel. Oder es werden Verunreinigungen mit Substanzen festgestellt, die nicht bewusst eingesetzt werden, die aus der Umwelt oder dem Verarbeitungsprozess unabsichtlich in Lebensmittel oder das Wasser gelangen.

Im Getränkelabor werden hauptsächlich Weine und Spirituosen untersucht. Sie werden nicht nur auf Zusatzstoffe wie Farbzusätze und Konservierungsstoffe sondern auch nach Aussehen, Geruch und Geschmack untersucht. Außerdem wird die Richtigkeit von Etikettangaben wie z. B. der Alkoholwert überprüft. Im Bereich Kaffee, Tee und Schokolade werden in Kooperation mit Niedersachsen ca. 900 Proben jährlich analysiert und beurteilt.

Als sehr sensibler Bereich gilt die Mikrobiologie. Dort werden u. a. Untersuchungen in besonderen

Spezialverfahren über Viren (Tollwut, Papageienkrankheit), Parasiten und Bakterien durchgeführt. Das Labor verfügt über die Erlaubnis zum Arbeiten mit Krankheitserregern.

Ohne Schutzkleidung, Händedesinfektion und eventuell Infektionsschutz dürfen die Räumlichkeiten nicht betreten werden. Beim LUA gibt es ein Qualitätsmanagementsystem, um die Sicherheit zu gewährleisten.

Das LUA gehört zum Ressort der Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit und arbeitet eng mit den Kolleginnen und Kollegen des Lebensmittelüberwachungs-, Tierchutz- und Veterinärdienstes, dem Gesundheitsamt und dem Hafengesundheitsamt zusammen. „Kunden“ des LUA sind neben den Bürgerinnen und Bürgern die Polizei, der Zoll, Landwirte, Tierärzte und der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr.

Gut, dass wir das LUA haben. So können wir relativ unbeschwert unsere weihnachtlichen Süßigkeiten und den guten Wein genießen.



Salmonellen, Listerien, E.coli, EHEC ... und andere Übeltäter. Im LUA wird nach ihnen gefahndet und befallene Lebens- und Futtermittel aus dem Verkehr gezogen

dem Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher und dem Schutz von Umwelt und Tieren.

boranten. Diese Vielfalt ist notwendig, um den Pilzen, Pestiziden, Bakterien etc. auf die Spur und Ursache zu kommen. Vielfach fin-



Bernd Krause
freigest. Mitglied
Gesamtpersonalrat
Bremen

Noch viele Fragen offen

Das Projekt Verwaltungs-PC: Auslagerung des IT-Betriebs auf Dataport

Das Projekt Verwaltungs-PC ist keine Einführung neuer Technik, sondern eine Veränderung der Arbeitsorganisation im gesamten IT-Umfeld des bremischen öffentlichen Dienstes. Der Senat hat dies bereits im vergangenen Jahr, am 8. März 2010, beschlossen. Als Ergebnis soll der operative IT-Betrieb auf die Anstalt öffentlichen Rechts Dataport

Die Anstalt öffentlichen Rechts Dataport ist ein Zusammenschluss der IT-Dienstleister der Länder Hamburg, Schleswig-Holstein und Bremen sowie der Steuerverwaltungen in Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen

verlagert werden. Die Senatorin für Finanzen treibt dies entschlossen voran. Im November soll der Senat darüber beschließen.

Zukunft der AdministratorInnen?

Wenn Aufgaben der Administration von IT-Systemen zu Dataport verlagert werden, was passiert dann mit den Kolleginnen und

Kollegen, die diese Aufgaben derzeit wahrnehmen?

Gemäß der Dienstvereinbarung zur Sicherung der Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter/innen bei einem Personalausgleich vom 9. September 1986 sind die betroffenen Beschäftigten geschützt vor einem vollständigen Arbeitsplatzverlust. Sie haben ein Anrecht auf rechtzeitige und umfassende Unterrichtung. Für sie sind ggfs. Förderungspläne zur Verbesserung ihrer Einsatzmöglichkeiten aufzustellen. Verantwortlich für die zu ergreifenden Maßnahmen ist die jeweilige Dienststelle. Unter Beteiligung des Personalrats sind Umstellungspläne für die Betroffenen aufzustellen. Dabei ist ein sozialer Bestandsschutz sicherzustellen: Die neuen Aufgaben müssen angemessen und gleichwertig sein. Die entsprechenden Maßnahmen müssen vor Einführung des Verwaltungs-PC geplant werden. Das Referat 33 der Senatorin für Finanzen kann beratend hinzugezogen werden.

Folgende alternative Aufgabenfelder kommen zum Beispiel in Frage: IT-Aufgaben, die nach wie vor durch die Freie Hansestadt Bremen wahrgenommen werden. Auch ein Wechsel zu Dataport mit den bisherigen Aufgaben ist denkbar. Für den Wechsel zu Dataport wurden dem Gesamtpersonalrat Rahmenbedingungen zugesagt, die den Interessen der Beschäftigten Rechnung

tragen. Dazu gehören u. a. Freiwilligkeit, Besitzstandswahrung, Einräumung eines Rückkehrrechtes, bei späteren Bewerbungen im bremischen öffentlichen Dienst Stellung wie interne Bewerberinnen und Bewerber. Auch ein Einsatz in der allgemeinen Verwaltung ohne IT-Bezug ist eine denkbare Perspektive.

Zukunft der IT-Unterstützung in den Dienststellen?

Für die Nutzerinnen und Nutzer von PC in den Dienststellen bedeutet die Verlagerung, in Zukunft bei Technikproblemen keine Hilfe vor Ort mehr vorzufinden. Stattdessen muss dann ein anonym, telefonischer oder E-Mail-Kontakt zu einem sogenannten User Help Desk aufgenommen

gesamte PC neu installiert oder gleich ganz durch einen örtlichen Auftragnehmer ausgetauscht.

Noch viele Fragen offen

Die Senatorin für Finanzen begründet ihr Vorhaben u. a. mit einer Vereinheitlichung der technischen Infrastruktur und damit verbundenen Erhöhung der technologischen Qualität. Sie verweist auf Sicherheitsprobleme, die in der Vergangenheit einige bremische Dienststellen lahmgelegt haben. Aber auch Dataport als zentraler Dienstleister der öffentlichen Verwaltung der Freien und Hansestadt Hamburg hat bereits einige gravierende technische Pannen verursacht. Dort waren dann gleich alle Arbeitsplätze betroffen.

Die Senatorin für Finanzen geht davon aus, dass mit dem Projekt Verwaltungs-PC eine Entlastung aller mit Computern arbeitenden Beschäftigten erreicht werden kann.

Viele Kolleginnen und Kollegen fragen sich allerdings besorgt, ob die Betreuung in der bisher durch die örtlichen Administratoren und Administratorinnen gewährleisteten Qualität aufrecht erhalten werden kann. Die Arbeit der Dienststellen-AdministratorInnen wird als schnell, flexibel und kompetent wahrgenommen. Viele Kolleginnen und Kollegen in den Dienststellen fürchten, dass mit einem Umstieg auf Dataport eine



men werden. Diese telefonische Anlaufstelle soll entweder sofort durch Beratung abhelfen oder sich per Fernzugriff auf den Rechner aufschalten, den Fehler suchen und beheben. Lässt sich ein Problem dann immer noch nicht lösen, wird dann wohl der

schnelle Unterstützung bei IT-Problemen nicht mehr gewährleistet ist. Das gilt vor allem auch für Bereiche mit Publikumskontakten. Auch die IT-Kompetenz in den Dienststellen droht verloren zu gehen.

Der Umstieg auf Dataport ist mit enormen Kosten verbunden. Ein mehr an Unterstützung beispielsweise bei längeren Öffnungszeiten oder höheren Sicherheitsanforderungen muss von den Dienststellen noch zusätzlich bezahlt werden. Der Rechnungshof fordert Wirtschaftlichkeit ein. Das darf nicht durch weitere Personalkürzungen erfolgen, denn durch den Verwaltungs-PC können

keine zusätzlichen Personaleinsparungen erreicht werden. Annahmen, dass sich Dataport die kollegiale Unterstützung bei Technikproblemen vor Ort erspart und dies zu Zeitvorteilen für alle Beschäftigten und monetären Einsparungen führt, halten wir für abwegig.

Der Gesamtpersonalrat wird sich in die Umsetzung des Projektes Verwaltungs-PC aus all diesen Gründen weiterhin sehr aufmerksam und kritisch einbringen. Insbesondere wird es um die Wahrung der Rechte und Interessen der betroffenen Kolleginnen und Kollegen gehen.



Karen
Vogel-Krawczyk
freigest. Mitglied
Gesamtpersonalrat
Bremen



Jutta
Sonnemann
freigest. Mitglied
Gesamtpersonalrat
Bremen



Jörg
von Aschwege
wiss. Mitarbeiter
Gesamtpersonalrat
Bremen



Verwaltungs-PC - worum geht es? Am 8. März 2010 hat der Senat beschlossen: „...die Standardisierung und Aufgabenbündelung im Bereich des IT-Einsatzes weiter voranzutreiben und auf der Basis des eingeleiteten Projektes Verwaltungs-PC einheitliche Standards für Hard- und Software, einen einheitlichen Standard- und Kundenwarenkorb, ein übergreifendes Sicherheitskonzept sowie eine einheitliche IT-Administration über einen User Help Desk schrittweise verbindlich für den gesamten Konzern Bremen einzuführen. Er bittet die Senatorin für Finanzen, in Abstimmung mit den IT-Gremien dem Senat ein Umsetzungskonzept vorzulegen, sowie die hiermit erreichbaren Effizienzgewinne zu konkretisieren.“

Gutes Betriebsklima trotz Belastungen

Dienstvereinbarung Konflikte am Arbeitsplatz novelliert

Physische und psychische Erkrankungen nehmen in großem Maße zu. Langzeiterkrankungen wirken sich belastend auf Kolleginnen und Kollegen und Teams aus. Mehrarbeit muss erbracht werden. Anhaltender Personalabbau wirkt dabei noch verschärfend. Alle Aufgaben sollen so erledigt werden, dass die Bürgerinnen und Bürger nichts merken. Das alles, ohne Konflikte am Arbeitsplatz auszulösen? Wie soll das gehen?

Die novellierte Dienstvereinbarung zur Konfliktbewältigung am Arbeitsplatz bietet bewährte Hilfestellung zur Vermeidung und Lösung von Konflikten am Arbeitsplatz. Die Novellierung wurde durch das Inkrafttreten des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) notwendig.

Die neu konzipierte Dienstvereinbarung besteht aus einem Handlungsrahmen und einer praktischen Handlungshilfe. Allen Beteiligten wird damit ermöglicht, soziale Konflikte oder Mobbingfälle zu bearbeiten, konstruktive Bewältigungsstrategien zu entwickeln und tragfähige Lösungsmodelle zu erarbeiten.

Der Gesamtpersonalrat berät Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit einem sozialen Konflikt am Arbeitsplatz. Beratungseinrichtungen wie die Arbeitsstelle gegen Diskriminierung und Gewalt an der Universität Bremen, Fachdienste für Arbeitsschutz oder Integrationsfachdienst bieten

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ebenfalls Beratungsmöglichkeiten.

Die Zahl der sozialen Konflikte wächst, und die Zahl der Beratungen wächst mit. Im Schnitt nehmen mittlerweile ca. 7-10 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter pro Woche ein Beratungsgespräch beim Gesamtpersonalrat in Anspruch. Viele Beschäftigte, die eine Beratung in Anspruch nehmen, weisen verstärkt Krankheits-symptome auf bzw. sind langzeiterkrankt.

Kolleginnen und Kollegen nehmen die Beratung in der Regel in Anspruch, wenn sie ihren Dienst nach langen Monaten der Abwesenheit vom Arbeitsplatz wieder aufnehmen wollen. Allerdings ist es häufig nicht möglich, „einfach so“ wieder zur Tagesordnung überzugehen. Alte Konflikte bauen sich sofort wieder auf. Mit Hilfe der Dienstvereinbarung und unter Beteiligung aller Betroffenen (ggf. runder Tisch) kann es gelingen, eine Strategie zu entwickeln. Damit kann dann eine konstruktive Lösung für alle Beteiligten entwickelt und verabredet werden.

Eine gute Dienstvereinbarung allein reicht allerdings nicht aus, um Konflikte zu vermeiden oder zu lösen. In einem wertschätzenden, toleranten und von Achtung geprägten Betriebsklima kommt es viel weniger zu sozialen Konflikten. Erfolgreiche Konfliktbewältigung ist in sehr starkem Maße



Die hier unterzeichnete Dienstvereinbarung bildet die Grundlage für einen konstruktiven Umgang mit sozialen Konflikten in der Dienststelle (v.l.n.r. André Schlüter -Gesamtrichterrat-, Karoline Linnert -Senatorin für Finanzen-, Doris Hülsmeier -Gesamtpersonalrat-)

von Vorgesetzten und deren Führungskompetenzen abhängig. Hier besteht großer Handlungs- und Nachholbedarf in Bezug auf Fortbildungen für Vorgesetzte. Die Handlungsgrundlagen sind durch die Dienstvereinbarung gegeben. Die Angebote des Aus- und Fortbildungszentrums zum Ausbau der persönlichen Führungskompetenzen sollten im Interesse einer guten Arbeit in der Dienststelle verstärkt genutzt werden.



Nicoletta Witt
freigest. Mitglied
Gesamtpersonalrat
Bremen, An-
sprechpartnerin
bei Konflikten am
Arbeitsplatz

Selbst Einfluss nehmen!

Am 14. März werden Personalräte und Frauenbeauftragte neu gewählt

„In den Personalrat gehen? Ich??? Geht's noch? Nee, das kann ich mir gar nicht vorstellen! Ich hab so viel zu tun - die viele Arbeit, die dann liegen bleibt... und die vielen Konflikte in unserer Dienststelle, kann ich das überhaupt? Es wird ja immer schlimmer mit der Kürzungspolitik. Obwohl – es gibt schon einiges, das bei uns mal angepackt werden müsste, Gesundes Arbeiten z.B., da gibt es ja diese Dienstvereinbarung - das fände ich persönlich wichtig und ganz spannend.“

So oder so ähnlich haben wir alle geantwortet, als wir das erste Mal gefragt wurden.

Was spricht denn dafür, für den Personalrat zu kandidieren?

Selbst Einfluss nehmen

Personalratstätigkeit ist vielseitig und interessant. Als Mitglied des Personalrats kann man und frau im Rahmen der Mitbestimmung selbst Einfluss auf die Angelegenheiten der Dienststelle nehmen:

- ◇ Dafür sorgen, dass sich die Arbeitsbedingungen verbessern.
- ◇ Dafür sorgen, dass es gerecht zugeht in der Dienststelle.
- ◇ Vorschläge machen, wie Dinge anders und besser gemacht werden können.
- ◇ Wichtige Prozesse anregen, in Gang setzen oder begleiten, wie z. B. eine ordentliche transparente Umsetzung von

Beurteilungsverfahren.

- ◇ Personalräte sorgen dafür, dass die Interessen der Beschäftigten bei den Entscheidungen der Dienststelle berücksichtigt werden.

Jeder und jede kann für den Personalrat kandidieren, der/die die Aufgaben interessant findet. Vorbedingungen gibt es sonst keine. Nach der Wahl gibt es jede Menge Unterstützung für Neue, aber auch für alte Häsinnen und Hasen.

Beste Hilfe von den Gewerkschaften

Bei den Gewerkschaften gibt es die besten Hilfestellungen, Fortbildungen, Vernetzung, Erfahrungsaustausch - nicht nur für Beschäftigte, sondern auch für Personalräte. Mit den Gewerkschaften werden die entscheidenden Fragen des Arbeitsverhältnisses erstritten wie z. B. Einkommen, Arbeitszeit, Urlaub. Um die Interessen ihrer Mitglieder zu sichern, nehmen Gewerkschaften auch Einfluss auf die Politik. Auch für BeamtInnen sind die Gewerkschaften wichtig: Sie setzen sich für Verhandlungsrechte für BeamtInnen ein. Ohne Gewerkschaften geht kaum etwas im Arbeitsleben.

Der Gesamtpersonalrat unterstützt Personalräte und Frauenbeauftragte bei konkreten Fragestellungen - wie Umsetzung des Gesundheitsmanagements, Vermeidung prekärer Beschäftigung usw.



Am 14. März 2012 finden neben den Personalratswahlen auch die Frauenbeauftragtenwahlen und die Wahl zum Gesamtpersonalrat für das Land und die Stadtgemeinde Bremen und die Wahl der JugendvertreterInnen im Gesamtpersonalrat statt

Personalratsarbeit erweitert den Horizont

Personalratstätigkeit macht Spaß, auch wenn man sich manchmal ärgert oder hilflos fühlt. Die Welt kann man als Personalrat nicht verändern. Aber als

„Der Personalrat hat die Aufgabe, für alle in der Dienststelle weisungsgebunden tätigen Personen in allen sozialen, personellen und organisatorischen Angelegenheiten gleichberechtigt (...) mitzubestimmen. Er hat diese Aufgabe in enger Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften als berufenen Vertretungen der Interessen der Bediensteten zu erfüllen.“ (Bremisches Personalvertretungsgesetz § 52 Abs. 1).

Mitglied des Personalrats kann man einiges für die Kolleginnen und Kollegen bewirken und zu besseren Arbeitsbedingungen beitragen. Man lernt dabei die gesamte Dienststelle und die Kolleginnen und Kollegen besser kennen. Im Personalrat erweitert man seinen Horizont und lernt viel, über die eigene Arbeitstätigkeit hinaus. Nicht zuletzt: Man sieht, dass auch die Chefinnen und Chefs nur mit Wasser kochen.

Personalratstätigkeit findet in der Arbeitszeit statt. Die Dienststellenleitung muss eine entsprechende Entlastung von den Aufgaben sicherstellen und organisieren.

Auch die Kolleginnen und Kollegen profitieren davon, wenn der Arbeitsbereich im Personalrat vertreten ist.

Das Gesetz, das die

Kandidatinnen gesucht...

...für die Wahl der Frauenbeauftragten

Mitbestimmung im bremischen öffentlichen Dienst regelt, ist 55 Jahre jung: Das Bremische Personalvertretungsgesetz. Grundlage dafür ist die bremische Landesverfassung, die in Artikel 47 die gleichberechtigte Mitbestimmung vorsieht.

Mitbestimmung sichert die Demokratie in der Dienststelle. Die Dienststellenleitung kann nicht einfach tun, was sie will. Sie ist kein kleiner König bzw. keine kleine Königin.

Liebe Kollegin, lieber Kollege - Personalrat, wär' das nicht was?



Doris
Hülsmeier
Vorsitzende
Gesamtpersonalrat
Bremen

Frauenförderung - ein alter Hut? Nein, das kann man wirklich nicht sagen. Allein die auch im öffentlichen Dienst bestehende Entgeltungleichheit zwischen Männern und Frauen weist darauf hin, dass da noch etliches im Argen liegt.

Seit 1990 verpflichtet das Bremische Landesgleichstellungsgesetz (LGG) jede Dienststelle, die Gleichstellung von Frauen und Männern durch Frauenfördermaßnahmen zu verwirklichen. Frauenbeauftragte haben die Aufgabe, in ihrer Dienststelle über die Umsetzung zu wachen. Sie unterstützen auch die Kolleginnen, die sich in ihrer Dienststelle gegenüber Männern benachteiligt sehen. In der Praxis ist die Frauenbeauftragte noch vor dem Personalrat einzu-

beziehen, um die Dienststellenleitung und die Vorgesetzten hinsichtlich der Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes zu beraten. Eine enge Zusammenarbeit mit dem Personalrat ist sehr hilfreich. Das bedeutet bessere Umsetzungsmöglichkeiten der Interessen von Frauen.

Seit der Novellierung des Landesgleichstellungsgesetzes gibt es ein verbessertes Wahlrecht für die Frauenbeauftragten. Zukünftig erfolgt die Wahl der Frauenbeauftragten und ihrer Stellvertreterin in einem Wahlgang. Dabei gilt das Mehrheitsstimmrecht. Die Zahl der Nachrückerinnen ist nicht begrenzt. Damit gibt es immer eine Stellvertreterin und die Funktion der Frauenbeauftragten ist besser gesichert.

Unterstützung für Frauenbeauftragte gibt es bei der Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau, die als Ansprechpartnerin in allen Rechtsfragen zur Verfügung steht. Sie unterstützt auf Wunsch auch bei Verhandlungen mit der Dienststellenleitung. Zum Erfahrungsaustausch und zur Information dient das Plenum der Frauenbeauftragten, das vom Gesamtpersonalrat und den gewählten Sprecherinnen der Frauenbeauftragten in regelmäßigen Abständen organisiert wird.

Liebe Kolleginnen, macht mit, kandidiert...



Kornelia
Koczorowski
Frauenbeauftragte
Amt für Soziale
Dienste

Artikel 47

Alle Personen in Betrieben und Behörden erhalten gemeinsame Betriebsvertretungen, die in allgemeiner, gleicher, geheimer und unmittelbarer Wahl von den Arbeitnehmern zu wählen sind.

Die Betriebsvertretungen sind dazu berufen, im Benehmen mit den Gewerkschaften gleichberechtigt mit den Unternehmern in wirtschaftlichen, sozialen und personellen Fragen des Betriebes mitzubestimmen.

Das hierfür geltende Recht wird das Gesetz über die Betriebsvertretungen unter Beachtung des Grundsatzes schaffen, daß zentrales Recht Landesrecht bricht. In dem Gesetz sind die öffentlich-rechtlichen Befugnisse der zuständigen Stellen des Landes und der Gemeinden sowie die parlamentarische Verantwortlichkeit bei den Behörden und bei den Betrieben, die in öffentlicher Hand sind, zu wahren.

Artikel 48

Grundlage für die Mitbestimmungsrechte in Bremen ist der Artikel 47 der Bremischen Landesverfassung von 1947

Marx reloaded

Verkehrte Welt?

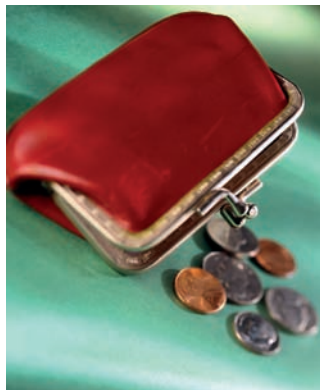
Konservative wie der FAZ-Herausgeber Frank Schirrmacher entdecken linkes Gedankengut für sich: „Ich beginne zu glauben, dass die Linke Recht hat.“ (FAZ, 15.8.2011) Mehr und mehr wohlhabende BürgerInnen - nicht nur in Deutschland - wollen höhere Steuern zahlen, um die Staatsfinanzen zu sanieren und/oder unterfinanzierte öffentliche Dienstleistungen verbessern zu können. Mag sein, dass der eine oder andere hier nur spekuliert – darauf, dass es soweit schon nicht kommen und die gute Publicity deshalb letztlich gratis sein wird. Doch darf man durchaus auch ernsthafte Motive vermuten. Marx reloaded – der Staat als ideeller Gesamtkapitalist: Der Wohlstand vieler Reicher und Superreicher in diesem Land droht seine Grundlage zu verlieren, wenn Kindern und Jugendlichen Bildungschancen vorenthalten werden, Sicherheit nicht mehr gewährleistet und Infrastruktur dem Verfall überlassen wird.

Die Politik steht ratlos daneben, starrt auf die großen Anzeigetafeln der Börsen und betet das bewährte Mantra herunter: Wir müssen „sparen“. Zum (Um)Denken ist keine Zeit. Zudem haben mehr als 30 Jahre mehr oder weniger ausgeprägt neoliberaler Politik deutliche Spuren in den Köpfen der Menschen hinterlassen.

Otto und Erna Normalverbraucher haben nämlich

die Erfahrung gemacht, dass vollmundig verkündete Steuerentlastungen bei ihnen immer nur ein Kilo Brot und einen Liter Milch im Monat finanzieren, während Belastungen und Leistungskürzungen mit voller Wucht zuschlugen. Wenn das die Steuerentlastungen waren, wie werden dann erst Steuererhöhungen?

Vielleicht können sich viele auch gar nicht recht vorstellen, wie es in der



Von den vollmundig verkündeten Steuerentlastungen bleibt den meisten nur die Finanzierung von einem Kilo Brot und einem Liter Milch im Monat übrig

Etage über ihnen aussieht. Dass die, die am stärksten steuerlich entlastet wurden, privat krankenversichert sind, im eigenen Pool statt im städtischen Bad schwimmen und den Nachwuchs (steuerbegünstigt) vom Hauspersonal betreuen lassen oder (steuerbegünstigt) in Privatschulen schicken, hat man ja nicht ständig im Blick.

Zudem sind viele öffentliche Dienstleistungen auf ein derart klägliches Niveau heruntergekürzt worden, dass der gesell-

schaftliche Rückhalt dafür bröckelt. Man würde ja auch kein Auto kaufen, das nur drei Räder hat. Jahrzehnte neoliberaler Politik haben die bloße Behauptung der Neoliberalen vom „Staatsversagen“ immer mehr Wirklichkeit werden lassen.

Immerhin, noch haben nicht alle vor dieser Entwicklung kapituliert. Die SPD bekennt sich endlich mal wieder dazu, Steuern erhöhen zu wollen, gezielt bei hohen Einkommen und Vermögen. Ganz verkehrt ist die Welt doch noch nicht.



Burkhard Winsemann
wiss. Mitarbeiter
Gesamtpersonalrat
Bremen

